

polemische Schlagzeilen wie „Quattro Reich“ und „Heil, Angela!“, griechische Zeitungen druckten Hakenkreuz-Karikaturen. In Deutschland kursiert das falsche Pauschalbild vom notorisch faulen Südeuropäer. Die friedensstiftende Wirkung des Euros erweist sich als Illusion. Amerikanische Skeptiker wie Feldstein haben früh vor wachsenden Spannungen gewarnt. Der deutsch-britische Soziologe Ralf Dahrendorf sagte in einem Interview 1995 hell-sichtig: „Die Währungsunion ist ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.“ Damals stellte sich die Europapolitik taub, jetzt ist das Desaster augenfällig.

Die Euro-Politelite versucht nun eine Flucht nach vorne. „Mehr Europa“ soll der Ausweg aus der Euro-Krise sein, also zentrale Haushaltskontrollen, mehr Harmonisierung und Koordinierung der Politik in Europa. In Kernfeldern wie der Finanzpolitik sollen die Staaten noch mehr Souveränität abgeben. Damit gehen aber eine Schwächung der nationalen Parlamente und letztlich eine Entdemokratisierung einher. Schon seit langem wird das Demokratiedefizit der EU beklagt, nun übernehmen vollends die Exekutive und Technokraten die Macht. Auf nächtlichen Krisensitzungen verhandeln die Regierungschefs große Weichenstellungen, die nationalen Parlamente können die Beschlüsse und Haftungszusagen nur noch abnicken. Derzeit werden die Konturen des neuen Europas in einer kleinen technokratischen Vierer-Gruppe entworfen: bestehend aus Kommissionschef Barroso, EU-Ratspräsident Van Rompuy, EZB-Präsident Draghi und Eurogruppen-Chef Juncker. Während einst der Verfassungskonvent lang und breit debattierte, wird das neue Europa nun quasi „per Notverordnung“ (Günter Lachmann) geschaffen.

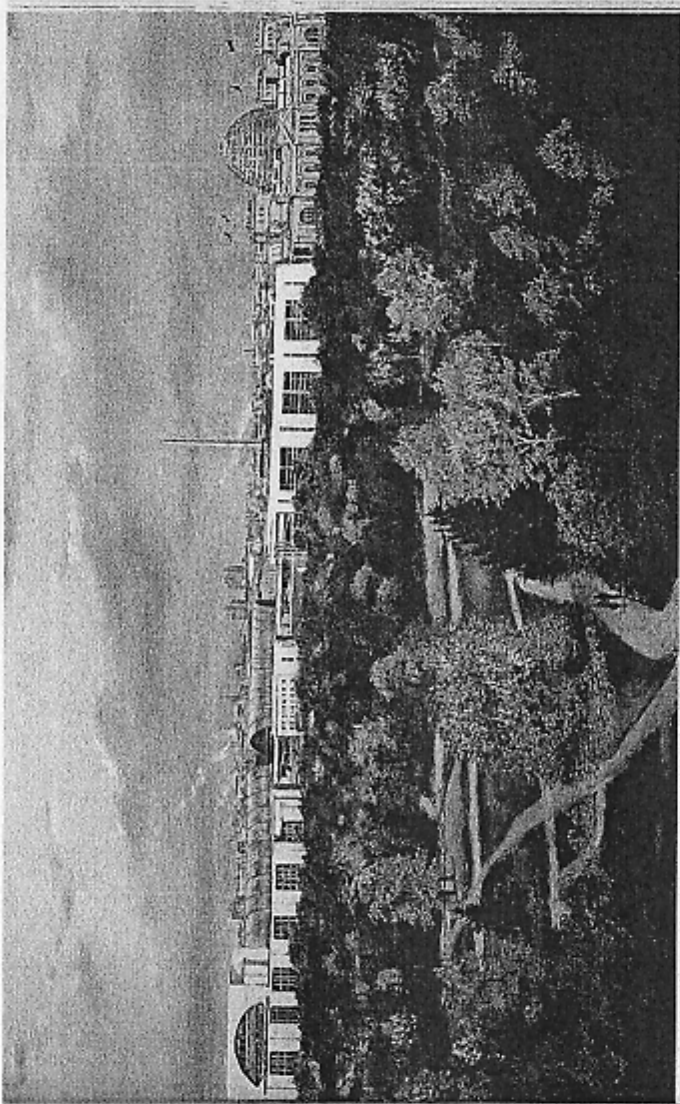
„Soll von Demokratie noch die Rede sein?“, hat der Mannheimer Politologe

Peter Graf Kielmansegg in einem glänzenden Essay schon vor einem Jahr gewarnt, als sich die Euro-Krise verschärfte. „So richtig es ist, daß die politischen Eliten im europäischen Einigungsprozess immer wieder eine Schlüsselrolle gespielt haben, so verhängnisvoll wäre es, wenn sie sich selbstherrlich die historische Mission zuschrieben, den europäischen Bundesstaat den Völkern Europas in einer Art Coup zu oktroyieren.“ Im Fall der Währungsunion sind inzwischen fast alle Zusagen gebrochen worden, mit denen seinerzeit die Zustimmung begründet wurde, kritisiert Kielmansegg: „Eliten, die nicht begreifen, wieviel Vertrauen sie bereits verspielt haben, Eliten, die meinen, sie könnten so weitermachen, weil sie im Kartell unangreifbar seien, können dem europäischen Projekt einen nicht wieder-gutzumachenden Schaden zufügen.“

Beruhigungsspillen für die Euro-rettungsmüde Wählerschaft

Vor Beginn des Euro-Abenteuers wurden die Bedenken der deutschen Bevölkerung ignoriert. Wenn jetzt ein Riesenschritt zu „mehr Integration“, faktisch der Abschaffung des Haushaltsrechts der Parlamente, ansteht, wäre eine Volksabstimmung zwingend, da der Kernbestand der demokratischen nationalen Souveränität in Frage steht. SPD-Chef Sigmar Gabriel, der inzwischen für eine Vergemeinschaftung der Schulden plädiert, will darüber das Volk befragen. Auch FDP und CSU zeigen sich offen für ein Plebiszit, wenngleich solche Signale eher als Beruhigungsspillen für die Euro-rettungsmüde Wählerschaft erscheinen.

Das von Kielmansegg erwähnte Euro-Kartell der Bundestagsparteien hat Ende Juni der Einrichtung des dauerhaften Rettungsschirms ESM zugestimmt. Zu seinem Stammkapital von 700 Milliarden Euro trägt Deutschland 27,1 Prozent bei. Der in Luxemburg sitzende ESM ist eine unkon-



trollierbare Black Box. Ein prominenter Kritiker wie Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sagt: „Es wird eine gewaltige Bad Bank geschaffen, durch die Deutschland erhebliche vom Handeln ausländischer Regierungen abhängige Vermögensrisiken übernimmt.“ Der Steuerzahlerbund warnte: „Der ESM ist die Fortsetzung der bisherigen Schuldenpolitik mit unbegrenzten Kreditmitteln. Statt temporärer Rettungsschirme ist nun eine Kreditmaschine für die Ewigkeit geplant.“

Entgegen der Versicherung der Bundesregierung, daß die deutsche Haftungssumme bei 190 Milliarden Euro begrenzt sei – was immerhin schon fast zwei Drittel des Bundeshaushalts sind –, halten nicht wenige Fachleute eine Ausweitung für möglich, da der ESM-Vertrag extrem dehnbar und undurchsichtig formuliert ist. Es ist von Nachschußpflichten die Rede, der ESM-Gouverneursrat kann eine Aufstockung des Volumens beschließen. Zwar muß formal der Bundestag größere Hilfspakete billigen, doch kann er sich dem Druck zur Zustimmung

Vor Beginn des Euro-Abenteuers wurden die Bedenken der deutschen Bevölkerung ignoriert. Jetzt soll zur Rettung des Euros der Kernbestand demokratischer nationaler Souveränität zum Gegenstand eines Plebiszits werden: **Herbstlicher Blick auf das Zentrum der Macht in Berlin**, Ausschnitt eines Gemäldes (2003; Format: 70 x 70 cm) von Matthias Kocoppel (geb. 1937); Verein Öffentlicher Banken in Deutschland, Berlin

mung entziehen, wenn wieder einmal mit dem Finanz-GAU gedroht wird?

Mit der Aufgabe des No-Bailout-Prinzips ist der Damm vor zweieinhalb Jahren gebrochen. Der ESM ermöglicht nun, unterstützt durch EZB-Anleihekäufe, die Vergemeinschaftung der Schulden. Diese werde es nicht geben, „solange ich lebe“, behauptete Merkel mit einem Anflug von Pathos. Vielleicht sollten wir Kondolenzkartchen schreiben. Mitte September wird das Bundesverfassungsgericht urteilen, ob die Grenze zu einem Haftungsautomatismus und untragbaren Haushaltsrisiken überschritten ist. Immer mehr Bürgern schwant ein böses Ende. ■